

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend 29. Okt. 2013

Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ an allen Schulen ab der 7. Schulstufe (3. Hauptschule, Neue Mittelschule oder Gymnasium)

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Die gesamte Schulunterrichtsgesetzgebung, welche Voraussetzung für die Umgestaltung von Lehrplänen ist, obliegt dem Nationalrat. Die Umsetzung etwaiger schulpolitischer Entscheidungen fällt in den Zuständigkeitsbereich des Unterrichtsministeriums.

ANLIEGEN:

Der Nationalrat wird ersucht, die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ an allen Schulen ab der 7. Schulstufe (3. Hauptschule, Neue Mittelschule oder Gymnasium) zu prüfen, des Weiteren zu beschließen und im Falle dessen die Erstellung von umfassenden, zeitgerechten Lehrplänen zu veranlassen.

Die Demokratie lebt von politisch mündigen, d.h. informierten, politisch gebildeten BürgerInnen. Damit diese Voraussetzung erfüllt ist, benötigen diese Wissen über ihre Rechte und Pflichten, die Bedeutung der Demokratie, die Möglichkeiten der Partizipation, den Aufbau des politischen Systems, die Trennung der Staatsgewalten und Rolle der Medien usw. Nur ein Bruchteil der Kinder unseres Landes durchläuft aus mehreren Gründen bis zum Ende der Schullaufbahn eine umfassende politische Bildung. An österreichischen Schulen ist Politische Bildung eines von zwölf Unterrichtsprinzipien und hat schon deshalb einen nur geringen Wirkungsgrad in der Praxis. Darüber hinaus existiert einzig an den Berufsschulen ein eigenständiges Fach „Politische Bildung“. Ansonsten ist sie rein als Teil eines Faches „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ an den Allgemeinbildenden Schulen sowie als Teil eines Faches (etwa mit Recht oder Wirtschaft) an den Berufsbildenden Schulen vertreten.

Die flächendeckende Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Politische Bildung“ erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen besser informiert als bisher zur ersten Wahl schreiten. Zusätzlich würde diese Maßnahme mit großer Wahrscheinlichkeit die Politik(erInnen)- und Demokratieverdrossenheit verringern und die aktive Teilnahme und das Interesse des Volkes am politischen Geschehen erhöhen, was folglich ein funktionierendes demokratisches System auf Dauer legitimieren und sichern helfen würde.

Sollte unser Anliegen abgewiesen werden ersuchen wir den Nationalrat alternativ dazu adäquate Maßnahmen wie verpflichtende Projektwochen „Politische Bildung“ in allen Schultypen zu diskutieren und einzuführen, um eine verstärkte Kompetenz der österreichischen SchülerInnen in Bereichen Politik, Gesetzgebung, Medien, Menschenrechte und Partizipation gewährleisten zu können.

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend**Erstunterzeichner/in**

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
CHRISTOPH TANZER				
				Unterschrift